

NEWS AUS BRÜSSEL

EU-Informationen der Verbindungsstelle Brüssel

November/Dezember 2011

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Anja Wodrich

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 28. November bis 04. Dezember 2011

Das Wichtigste in Kürze

Vertrauen in Europäische Zentralbank

In ihrer Regierungserklärung vom 02.12. zum Europäischen Rat (08./09.12.) sagte die Bundeskanzlerin: "Die Menschen vertrauen den Gerichten, den nationalen Notenbanken und der Europäischen Zentralbank (EZB). Deren Glaubwürdigkeit muss geschützt werden". Dafür müsse deren Unabhängigkeit gesichert werden.

Nahezu jedes Vertrauen verspielt habe aber die Politik. Die Euro-Staaten müssten nunmehr eine starke Fiskalunion schaffen. Die anstehenden Vertragsänderungen seien hierzu ein erster Schritt. Eine gemeinsame Haftung für die Schulden anderer, etwa über Eurobonds, sei abzulehnen.

Bei Nichteinhaltung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts müssten die EU-Institutionen glaubwürdige Durchgriffsrechte erhalten. Notwendig sei auch ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof.

http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2011/12/2011-12-02-europ_C3_A4ischer-rat-regierungserkl_C3_A4rung.layoutVariant=Druckansicht.html

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Werner Hoyer neuer Präsident der Europäischen Investitionsbank (EIB)

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Werner Hoyer (FDP), wird nach Presseberichten neuer Präsident der Europäischen Investitionsbank (EIB). Die Finanzminister der 27 EU-Staaten einigten sich am 30.11. auf ihn. Die förmliche Ernennung erfolgt durch den Gouverneursrat der Bank. Hoyer wird Nachfolger des Belgiers Philippe Maystadt. Die EIB hat 2010 Finanzierungen im Wert von 83 Mrd. EUR genehmigt.

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/aus-welchen-laendern-die-chefs-kommen/5904614.html>

2. Europäisches Parlament verabschiedet Verhaltenskodex für Abgeordnete

Das EP verabschiedet am 01.12. einen neuen Verhaltenskodex für Abgeordnete. Dieser legt Grundsätze fest, an die sich Parlamentarier im Umgang mit externen Kontakten zu halten haben, um Interessenkonflikte zu vermeiden. Das Leitprinzip des Kodex ist Transparenz. Abgeordnete werden künftig ihre bezahlten Tätigkeiten und deren Vergütung außerhalb des Parlaments sowie andere Funktionen, die einen Interessenskonflikt darstellen könnten, in eindeutigen Erklärungen offenlegen müssen. Der Kodex beinhaltet zudem ein explizites Verbot, Bezahlung oder Gegenleistungen für die Einflussnahme auf parlamentarische Entscheidungen anzunehmen. Es gibt klare Vorschriften für die Annahme von Geschenken und zur Position von ehemaligen Abgeordneten, die als Lobbyisten arbeiten.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0540+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/content/20111129FCS32711/3/html/Carlo-Casini-Wir-wollen-klarere-Regeln>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0541+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Europäisches Parlament für Kroatiens EU-Beitritt

Am 01.12. stimmte das EP mit überwältigender Mehrheit (564 Ja-Stimmen gegen 38 Nein-Stimmen bei 32 Enthaltungen) der EU-Mitgliedschaft Kroatiens zu. Jedoch forderten die Abgeordneten die Regierung in Zagreb auf, bei der Justizreform und im Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen konsequenter vorzugehen. Der nächste Schritt wird die Unterzeichnung des Beitrittsvertrags am 9. 12. während des EU-Gipfeltreffens sein. Am 1. Juli 2013 könnte Kroatien das 28. Mitgliedsland der EU werden.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/content/20111129FCS32711/8/html/Kroatiens-EU-Beitritt-Parlament-gibt-gr%C3%BCnes-Licht>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0538+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0539+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Aufstockung des EU-Haushalts für Europäische Nachbarschaftspolitik

Das Europäische Parlament erteilte am 01.12., nach Zustimmung des Rats (30.11.) seine Zustimmung zur Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments für die Finanzierung der Strategie Europa 2020 innerhalb der Teilrubrik 1a und zur Finanzierung des Europäischen Nachbarschaftspolitik innerhalb der Rubrik 4 in Höhe eines Gesamtbetrags von 200 Mio. EUR.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0520+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

b) Außenhandel

1. Gewährung bzw. Verlängerung bestimmter WTO-Ausnahmegenehmigungen

Der Rat fasste am 30.11. einen Beschluss zur Festlegung des Standpunkts, der im Namen der Europäischen Union im Allgemeinen Rat der Welthandelsorganisation betreffend Anträge auf Gewährung und/oder Verlängerung bestimmter WTO-Ausnahmegenehmigungen zu vertreten ist. Ferner fasste der Rat einen entsprechenden Beschluss bezüglich der präferenziellen Handelsregelung für die westlichen Balkanstaaten durch die EU.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16995.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16340.de11.pdf>

2. Europäisches Parlament unterstützt Modernisierung der Zollverfahren

In einer nichtlegislativen EntschlieÙung sprach sich das EP am 01.12. für die Umstellung auf ein elektronisches Zollsystem aus.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20111130IPR32896/html/Faster-and-smarter-customs-checks-to-ensure-consumer-safety>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0546+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

c) Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe

Mehr Transparenz und Koordinierung in Entwicklungszusammenarbeit

Kommissar Andris Piebalgs stellte am 30.11. auf dem vierten Hochrangigen Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Busan (HLF4) die neuen Vorschläge der EU für wirksamere Hilfe vor. Es handelt sich um die gemeinsame Programmierung der von der EU und den Mitgliedstaaten bereitgestellten Hilfe, in deren Rahmen die EU-Geber diese künftig gemeinsam planen und die benötigten Maßnahmen dann so effizient wie möglich aufteilen, sowie um eine EU Transparenzgarantie, derzufolge EU Mitgliedstaaten alle Informationen über Hilfsprogramme veröffentlichen, um den Zugang dazu zu erleichtern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1472&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/844>

http://ec.europa.eu/europeaid/how/ensure-aid-effectiveness/busan_en.htm

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales, Chancengleichheit

1. Alterung als Chance für den Arbeitsmarkt und für Sozialdienstleistungen

In seinen Schlussfolgerungen wies der Rat für Beschäftigung am 01.12. darauf hin, dass die zunehmende Nachfrage älterer Menschen nach speziellen, auf sie zugeschnittenen Waren und Dienstleistungen Wachstumspotenzial beinhaltet (Seniorenwirtschaft). Die Mitgliedstaaten und die Sozialpartner werden ersucht, die Beschäftigung älterer Menschen zu fördern; dies beinhaltet spezielle Modelle für lebenslanges Lernen, lebensbegleitende Orientierungs- und Beratungsdienste, einen besseren Zugang zu Aktivierungsmaßnahmen, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Anpassung der Arbeitsbedingungen an die Bedürfnisse und Fähigkeiten älterer Arbeitnehmer. Ferner solle das Renteneintrittsalter angehoben werden, insbesondere durch Wegfall von Anreizen für den Vorruhestand.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16474-ad01.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16474.de11.pdf>

2. Europäische Beschäftigungspolitik positiv für Deutschland

Einer am 29.11. vorgestellten Eurobarometer-Umfrage zufolge sind 63 % der befragten Deutschen dieser Ansicht. Allerdings finden 69 % der Deutschen, dass nicht genug unternommen wird, um die Armut in Deutschland zu bekämpfen, EU-weit glauben sogar 75 %, dass in ihrem Land nicht genug gegen Armut unternommen wird. Mehr als ein Drittel der erwerbstätigen Bürgerinnen und Bürger in Europa sorgt sich um den Arbeitsplatz. Im Vergleich zu 2009 vertrauen aber 2011 wieder mehr Menschen darauf, dass sie ihre Arbeit behalten. Zwei Drittel der Befragten sind zuversichtlich, dass sie in zwei Jahren einen Arbeitsplatz haben werden, und mehr als 60 % denken, dass sie im Fall eines Arbeitsplatzverlusts wahrscheinlich relativ schnell eine neue Beschäftigung finden könnten. In Deutschland sind 82 % zuversichtlich, dass sie ihren Job in den nächsten Monaten behalten werden.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10328_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1470&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_special_379_360_en.htm#377

3. Arbeitslosenquote des Euroraums im Oktober bei 10.3%

Im Euroraum (ER17) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Oktober 2011 bei 10.3%, gegenüber 10.2% im September. Im Oktober 2010 hatte sie 10.1% betragen. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote im Oktober 2011 bei 9.8%, gegenüber 9.7% im September. Im Oktober 2010 hatte sie 9.6% betragen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/176&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Gesundheit

Aktionsprogramm "Gesundheit für Wachstum" für den Zeitraum 2014-2020

Die EU-Gesundheitsminister begrüßten am 02.12. den Vorschlag der Kommission für ein EU-Aktionsprogramm "Gesundheit für Wachstum" im Bereich der Gesundheit für den Zeitraum 2014-2020. Dieses soll mit 445 Mio. EUR ausgestattet werden. Anklang fand auch die Konzert-

ration auf wenige Prioritäten, die einen deutlichen Mehrwert versprechen. Die Minister betonten, dass Gesundheit nicht nur als Kostenfaktor, sondern auch als wesentlicher Faktor für Wirtschaftswachstum angesehen werden müsse.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lsa/126530.pdf (Council Employment)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16796-ad02.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16796.de11.pdf>

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

a) Ernährung

Abschließende Beratungen über Liste der gesundheitsbezogenen Angaben

Die Kommission hat am 28.11. in einer informellen Arbeitsgruppensitzung mit den Mitgliedstaaten über den Entwurf der Liste der zulässigen gesundheitsbezogenen Angaben zur Verwendung auf Lebensmitteln beraten. Nach langen Erörterungen mit den Mitgliedstaaten und betroffenen Kreisen steht das Verfahren zur Annahme dieser Liste jetzt kurz vor dem Abschluss. Wie bereits bekannt gegeben wurde ([IP/11/933](http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16796-ad02.de11.pdf)), enthält die nun mit den Mitgliedstaaten erörterte Liste gesundheitsbezogene Angaben gemäß Artikel 13 über alle Stoffe mit Ausnahme pflanzlicher Stoffe. Bei den Angaben zu diesen sogenannten „Botanicals“ prüft die Kommission noch, wie ihre Verwendung auf Lebensmitteln am besten zu bewerten ist.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1460&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition/claims/health_claims_en.htm

b) Landwirtschaft

Experten für internationalen Agrarhandel und Entwicklung gesucht

Die Kommission erbittet bis 09.12. Interessenbekundungen von Experten für internationale Aspekte der Landwirtschaft, vorzugsweise aus Nichtregierungsorganisationen, die im Bereich Agrarhandel und Entwicklung tätig sind. Die Experten sollen in der Gruppe "Advisory Group - International aspects of agriculture" an drei Sitzungen im Jahr 2012 teilnehmen, die erste im Januar.

http://ec.europa.eu/agriculture/consultations/advisory-groups/cap/index_en.htm

http://ec.europa.eu/food/animal/liveanimals/equine/index_en.htm

c) Fischerei

Neuer europäischer Fonds für die Meeres- und Fischereipolitik der EU

Die Kommission hat einen neuen Fonds für die EU-Meeres- und Fischereipolitik im Zeitraum 2014-2020 vorgeschlagen: den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF). Mit diesem Fonds sollen insgesamt 6,5 Mrd. EUR bereit gestellt werden, mit denen Fischer und ihre Familien dabei unterstützt werden sollen, auf eine umweltfreundlichere Fischerei umzustellen oder in fischereinahen Bereichen wie der Gastronomie oder dem Fremdenverkehr Fuß zu fassen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1495&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=enMemo/11/863>

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Beratungsbedarf bei Erhöhung des Eigenkapitals für Banken (Basel III)

Im Rat Ecofin wurde am 30.11. festgestellt, dass einige Mitgliedstaaten Bedenken über die Definition von Eigenmitteln, insbesondere die Behandlung von wesentlichen Investitionen in Versicherungsunternehmen und das Prinzip des Vorrangs des Inhalts über die Form im Falle des harten Kernkapitals, geäußert haben. Diese Mitgliedstaaten sind der Ansicht, dass die Kommissionsvorschläge die Basel-III-Anforderungen nicht in vollen Umfang umsetzen; andere Mitgliedstaaten wiederum teilen diesen Standpunkt nicht. Ferner vertritt der Vorsitz die Auffassung, dass weitere Beratungen insbesondere über antizyklische Puffer, Sanktionsregelungen, Anforderungen im Zusammenhang mit der Corporate Governance notwendig sind. Bis Juni 2012 soll eine Einigung mit dem Europäischen Parlament erreicht werden.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st17/st17166.de11.pdf>

b) Steuern

Pressekonferenz zum künftigen Mehrwertsteuersystem am 06.12. in Brüssel

In einer Pressekonferenz wird Kommissar Algridas Šemeta eine Mitteilung der Kommission zur Zukunft des Mehrwertsteuersystems in der EU vorstellen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/terminvorschau_de.htm

c) Wettbewerbsrecht

1. Rückforderung von Beihilfen Portugals für Exportkreditversicherungen

Die Kommission hat festgestellt, dass eine portugiesische Regelung, mit der bestimmten Unternehmen kurzfristige Kreditversicherungen einschließlich Exportkreditversicherungen weit unter Marktpreis gewährt wurden, gegen die Beihilfenvorschriften der Europäischen Union verstieß, da der Wettbewerb mit Konkurrenzunternehmen in Portugal und Ausführern in anderen Mitgliedstaaten verzerrt wurde. Folglich muss Portugal die Differenz zwischen der im Rahmen der Regelung berechneten Prämie und dem Marktpreis in den Jahren 2009 und 2010 von den Begünstigten zurückfordern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1392&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Tschechische Beihilferegulation gegen Luftverschmutzung in Mähren

Die Kommission hat eine tschechische Regelung genehmigt, in deren Rahmen Beihilfen von insgesamt bis zu 6 Mrd. CZK (rund 250 Mio. EUR) für Projekte zur Verringerung der Luftverschmutzung in stark betroffenen Gebieten der Region Mähren Schlesien gewährt werden sollen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1393&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Gruppe CARS 21 fordert Maßnahmen für die Automobilindustrie

Die Hochrangige Gruppe CARS 21 hat am 02.12. erstmals eine Reihe von Empfehlungen für Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie angenommen. Mit Freihandelsabkommen sollen ein vollständiger Zollabbau und die Beseitigung der nichttarifären Handelshemmnisse erreicht werden. Überdies sollen alle beteiligten Akteure sich für die Aufnahme eines weltweiten Systems für die Genehmigung von Fahrzeugen in das UNECE-Abkommen von 1958, das die internationale Harmonisierung der Regelungen für Kraftfahrzeuge gewährleistet, einsetzen. Der Bericht empfiehlt weiterhin die Begrenzung der Lärmemissionen von Fahrzeugen, ein dem „tatsächlichen Fahrbetrieb“ besser angepasstes Verfahren zur Messung der Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs sowie eine angemessene Methode zur Bewertung der CO₂-Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1494&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/862&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/automotive/competitiveness-cars21/cars21/index_en.htm

2. EP billigt Verringerung der Kofinanzierungssätze für Schuldenstaaten

Das Europäische Parlament stimmte am 01.12. der Erhöhung des Finanzierungsanteils der EU in Kohäsionsprojekten in Griechenland, Irland, Portugal, Ungarn und Rumänien auf 95% zu. Der Gesamtbetrag der EU-Mittel ändert sich dadurch nicht. Die Zustimmung des Rates wird in der Woche vom 12.12. erwartet. Die Kommission hatte den Vorschlag als Teil des am 1. August angenommenen Pakets zur Aufstockung der Kofinanzierungssätze in der Kohäsionspolitik, der Fischereipolitik und der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums vorgelegt, um krisengeschüttelte Länder zu unterstützen,

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20111130IPR32888/html/EU-regional-funding-MEPs-back-better-terms-for-crisis-stricken-countries> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0527+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1489&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (PM Kommission)

http://ec.europa.eu/economy_finance/eu_borrower/balance_of_payments/index_en.htm

http://ec.europa.eu/economy_finance/eu_borrower/efsm/index_en.htm

b) Energie

Bürgermeister für Energieeffizienz

Am 30.11. riefen über 3.000 Bürgermeister in der EU dazu auf, Energiesparziele trotz der blockierten Energiesparrichtlinie durch einen Ansatz von unten her zu realisieren.

http://www.euractiv.com/energy-efficiency/mayors-showcase-energy-savings-despite-stalled-eu-talks-news-509333?utm_source=EurActiv+Newsletter&utm_campaign=6e1334a82e-my_google_analytics_key&utm_medium=email

c) Währung und Finanzen

1. Veröffentlichung des „Sechserpacks“

Am 23. 11 wurde im Amtsblatt der Europäischen Union ein Paket von 6 Rechtsakten zur Stärkung der Koordinierung der Wirtschaftspolitiken in der Europäischen Union veröffentlicht. Eine Woche zuvor wurde das Legislativpaket in Straßburg vom Vorsitzenden des Europäischen Parlaments Jerzy Buzek und dem stellvertretenden polnischen Finanzminister Wiesław Szczuka, der den polnischen Ratsvorsitz im Rat Wirtschaft und Finanzen vertritt, unterzeichnet. Das Legislativpaket tritt 20 Tage nach seiner offiziellen Veröffentlichung in Kraft.
<http://pl2011.eu/node/22975>
<http://eur-lex.europa.eu/jOHtml.do?uri=OJ%3AL%3A2011%3A306%3ASOM%3ADE%3AHTML>

2. Koordinierte Aktion der Zentralbanken beruhigt Finanzmärkte

Die Bank of Canada, die Bank of England, die Bank of Japan, die Europäische Zentralbank (EZB), die Federal Reserve und die Schweizerische Nationalbank (SNB) haben sich am 30.11. geeinigt, die Zinssätze für die bestehenden, befristeten Liquiditäts-Swap-Abkommen in US-Dollar um 50 Basispunkte zu senken. Die Swap-Abkommen wurden bis 1. Februar 2013 verlängert. Zudem werden die Bank of England, die Bank of Japan, die EZB und die SNB weiterhin Geschäfte mit Laufzeiten von drei Monaten anbieten. Im Sinne einer vorsorglichen Maßnahme sind die genannten Zentralbanken übereingekommen, befristete bilaterale Liquiditäts-Swap-Abkommen abzuschließen, so dass in allen Währungsgebieten Liquidität in allen ihren Währungen angeboten werden kann, falls es die Marktbedingungen erfordern. Der Kurs des Euro ist nach dieser Ankündigung wieder gestiegen.

<http://www.ecb.int/press/pr/date/2011/html/pr111130.en.html>

http://www.snb.ch/de/mmr/reference/pre_20111130/source/pre_20111130.de.pdf

3. Eurogebiet benötigt makroökonomische Krisen-Maßnahmen

In einer Rede am 29.11. betonte EZB-Direktoriumsmitglied Jürgen Stark, dass die Rückkehr zur Normalität im Eurogebiet eine Beseitigung der makroökonomischen Ungleichgewichte und der nicht nachhaltigen Fiskalpolitiken erfordere. Ferner müsse die Wirtschaftspolitik zwischen den Mitgliedstaaten wesentlich besser koordiniert werden. Schließlich müssten wirksame institutionelle Vorkehrungen getroffen werden, damit keine neuen Staatsschuldenkrisen ausgelöst werden. Hierzu gehörten Frühwarnsysteme und die Möglichkeit für rasche Korrekturen. Zentralbanken sollten auf die Grenzen der Geldpolitik hinweisen. In einer weiteren Rede am 02.12. gab Stark zu bedenken, dass kein Land gegen einen Verlust des Marktvertrauens in seine öffentlichen Finanzen immun sei.

<http://www.ecb.int/press/key/date/2011/html/sp111130.en.html>

<http://www.ecb.int/press/key/date/2011/html/sp111202.en.htm>

4. EP fordert Beteiligung an „Europäischem Semester“

In seiner Entschließung vom 01.12. hebt das Europäische Parlament hervor, dass die parlamentarische Dimension parallel zu derjenigen des Rates aufgewertet werden muss und teilt mit, dass es vor der Frühjahrstagung des Rates über die jährlichen Leitlinien für nachhaltiges Wachstum mit Änderungsanträgen abstimmen wird, die dem Europäischen Rat vorgelegt werden sollen; fordert, dass die jährlichen Leitlinien für nachhaltiges Wachstum ein Mitentscheidungsverfahren durchlaufen, das im Rahmen der nächsten Änderung des Vertrags eingeführt werden sollte und beauftragt seinen Präsidenten, bei der Frühjahrstagung des Europäischen Rates die jähr-

lichen Leitlinien für nachhaltiges Wachstum einschließlich der Änderungen des Europäischen Parlaments vorzulegen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20111130IPR32885/html/Economic-policy-coordination-only-effective-with-more-democracy>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0542+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

Konsultation zu strengeren Gesetzen für illegalen Handel mit Kulturgütern

Die Kommission will dem illegalen Handel mit Kulturgütern einen Riegel vorschieben und die Gesetze verschärfen. In einer öffentlichen Konsultation, die sie am 29.11. eröffnet hat, bittet sie bis 5. März 2012 um Vorschläge für einen besseren Schutz und eine erleichterte Rückgabe von Kulturgütern. Der Schutz von kulturellem Eigentum obliegt größtenteils den Mitgliedstaaten, die EU hat jedoch die Rückgabe nach 1993 unrechtmäßig erworbener Kulturschätze in einer Richtlinie geregelt, die nun überarbeitet werden soll. Zwar geschehen die meisten Diebstähle in Frankreich, Polen, Deutschland und Italien, doch sind laut Interpol alle Mitgliedstaaten betroffen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1468&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/enterprise/policies/single-market-goods/regulated-sectors/cultural-goods/>

b) Inneres

1. Kommission drängt auf mehr Solidarität in Asylpolitik

In der Mitteilung vom 02.12. über eine verstärkte EU-interne Solidarität im Asylbereich schlägt die Kommission folgende Maßnahmen vor: (i) Aufwertung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO); (ii) Aufstockung und flexiblere Verwendung der zugunsten der Mitgliedstaaten bereitgestellten Mittel; (iii) stärkere Anreize, vor allem finanzieller Art, zur Umsiedlung von Personen, die unter internationalem Schutz stehen, zwischen den Mitgliedstaaten und (iv) Einführung eines Bewertungs- und Frühwarnmechanismus, mit dem sich abzeichnende Probleme in den Asylsystemen der Mitgliedstaaten erkannt und behoben werden können. Ferner müsse die Koordinierung zwischen EU-Agenturen wie Frontex, Europol und der Grundrechte-Agentur verbessert werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1493&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/201112/1_EN_ACT_part1_v6.pdf (Mitteilung)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/861&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/malmstrom/welcome/default_en.htm

http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/index_en.htm

2. EP-Innenausschuss gegen illegale Grenzkontrollen im Binnenmarkt

Der Innenausschuss des EP sprach sich am 29.11. für ein EU-System zur Überwachung von illegalen Grenzkontrollen aus. Vorgesehen sind mehr Vor-Ort-Kontrollen und unangekündigte Inspektionen von Teams unter Führung der Kommission sowie von Experten aus anderen Mitglied-

staaten, um zu überprüfen ob Mitgliedstaaten nicht Grenzkontrollen entgegen den Schengenregeln durchführen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20111129IPR32707/html/Schengen-stricter-EU-rules-to-prevent-illegal-border-checks>

VIII. Umwelt

Kommission stellt am 12.12. Pläne für LIFE+-Programm nach 2013 vor

Für das Förderprogramm für Umwelt und Klimaschutz LIFE+ der EU sind im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 insgesamt 3.2 Mrd. EUR veranschlagt. Die wichtigste Neuerung ist die Schaffung eines Teilprogramms, welches sich verstärkt mit dem Thema Klimawandel beschäftigt. Darüber hinaus werden neue, integrierte Projekte zur Förderung der Umsetzung von Umwelt- und Klimapolitik und die Integration ihrer spezifischen Ziele in anderen Politikbereichen vorgestellt.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/terminvorschau_de.htm

<http://ec.europa.eu/environment/life/about/beyond2013.htm>

IX. Verkehr

Kommission begrüßt Abkommen zu Sibirien-Überflügen

Die Kommission und Russland sind übereingekommen, dass ab 01.01.14 die Gebühren für Flüge über Sibirien transparent und kostengerecht sein müssen. Eine Diskriminierung zwischen Fluggesellschaften werde es nicht geben. Das Abkommen wird am 01.01.12, nach der für den 16.12. vorgesehenen Aufnahme von Russland in die WTO, in Kraft treten. Russland und die EU-Mitgliedstaaten haben dann bis zum 01.07.12 Zeit, ihre bilateralen Abkommen an die neuen Grundsätze anzupassen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1490&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/695>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/167>

X. Medien und Informationsgesellschaft

Schutz der Kinder in der digitalen Welt

Der Rat forderte am 28.11. die Mitgliedstaaten auf, durch die Förderung umfassender Sensibilisierungskampagnen für Kinder, Eltern, Lehrer und sonstige Personen, die mit Kindern arbeiten, und einer kohärenten Vermittlung von Online-Sicherheit und Medienkompetenz in den Schulen sowie in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und Betreuung weiterhin auf den Schutz Minderjähriger hinzuwirken. Anbieter der Inhalte von Online-Medien und Anbieter von Internetdiensten, sowie soziale Netzwerke und Online-Diskussionsforen seien anzuhaltend, dem Schutz Minderjähriger bei der Gestaltung ihrer Dienste umfassend Rechnung zu tragen und entsprechende Verhaltenskodizes zu entwickeln und ihnen beizutreten.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16155.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st14/st14268.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st09/st09981-re01.de10.pdf>

XI. Bildung, Forschung, Kultur

a) Bildung

1. Sprachenlernen ist Priorität für Bildung und Ausbildung

In seinen Schlussfolgerungen über Sprachkompetenz zur Förderung der Mobilität stellte der Rat für Bildung am 28.11. fest, dass die Mobilität zu Lernzwecken — also ein Auslandsaufenthalt mit dem Ziel, neues Wissen sowie neue Fähigkeiten und Kompetenzen zu erwerben — eine der bedeutsamen Möglichkeiten ist, mit denen Bürgerinnen und Bürger ihre Beschäftigungsfähigkeit erhöhen, ihr interkulturelles Bewusstsein, ihre Kreativität und ihre persönliche Entfaltung verbessern und aktiv an der Gesellschaft teilhaben können.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16744.de11.pdf>

2. Erneuerte europäische Agenda für die Erwachsenenbildung

In seiner EntschlieÙung über eine erneuerte europäische Agenda für die Erwachsenenbildung stellte der Rat für Bildung am 28.11. fest, dass Erwachsene ihre persönlichen und beruflichen Fertigkeiten und Kompetenzen regelmäßig weiterentwickeln müssten. Angesichts der derzeitigen instabilen Lage des Arbeitsmarktes und der Notwendigkeit, das Risiko sozialer Ausgrenzung zu verringern, gelte dies insbesondere für die Geringqualifizierten. Indessen könnten alle Erwachsenen – auch die Hochqualifizierten – vom lebenslangen Lernen beträchtlich profitieren.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16743-co02.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16743.de11.pdf>

b) Forschung

Neues EU Forschungsprogramm über 80 Mrd. EUR für 2014-2020

Die Kommission hat am 30.11. das Forschungsprogramm "Horizon 2020" in Brüssel vorgestellt. Das neue Programm, für das ein Budget von 80 Milliarden Euro ab 2014 vorgesehen ist, vereint erstmals alle bisherigen Forschungsprogramme unter einem einzigen Dach. Eine schlankere Programmstruktur, einheitliche Regeln und ein geringerer Verwaltungsaufwand sollen den Zugang zu den Fördermitteln erleichtern. Geld soll künftig innerhalb von nur einhundert Tagen ab Antragstellung fließen. Mit 2.8 Mrd. EUR aus „Horizont 2020“ wird die strategische Innovationsagenda für das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) gefördert. Weitere 2.5 Mrd. EUR sind für ein neues Programm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in KMU in Aussicht gestellt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1475&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Kultur

„Kulturhauptstadt Europas 2017“: zwei dänische Städte in der engeren Wahl

Auf ihrer Sitzung am 25.11. in Kopenhagen hat die Jury, die mit der Prüfung der Bewerbungen um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2017“ betraut ist, empfohlen, Aarhus und Sønderborg (Sonderburg) in die engere Wahl zu ziehen. Wird diese Empfehlung von Dänemark gebilligt, so müssen diese beiden Städte ihre Bewerbungen bis zum Sommer 2012 noch ergänzen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1458&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

XII. Sonstiges

Ente der Woche: Darmsaiten-Verbot für Streichinstrumente?

Einige britische Zeitungen und ein renommiertes deutsches Feuilleton beklagen den Niedergang der abendländischen Musikkultur und haben die EU als Schuldigen ausgemacht: Angeblich verbietet die Europäische Union die Herstellung von Saiten für Streichinstrumente aus Tierdarm. Die Vertretung der Kommission in Deutschland bekräftigt, dass es kein EU-Verbot für Naturdarm-Saiten gibt. Zwar gebe es europäische Regeln, damit sich gefährliche Tierkrankheiten wie BSE nicht ausbreiteten. Doch Därme aus der EU könnten problemlos verwendet werden. Und auch aus Ländern mit geringem oder kontrolliertem BSE-Risiko könnten auch Tierdärme für Saiten importiert werden, solange nationale Regeln dazu eingehalten würden. Ansprechpartner dazu seien die nationalen Behörden.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10327_de.htm